

Rassauer Anzeiger



Amtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:
Vierteljahr 8 45 M. mit Bringerlohn.
Erscheint dreimal:
Dienstag, Donnerstag, Samstag
Einzelnnummer 25 Pfg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Vorsatzzeile 50 Pfg.
Bei amtlichen Bekanntmachungen 70 Pfg.
Die Restzeile 200 Pfg.

Filialen in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Obernhof, Attenhausen, Hömberg, Elsenhütte.
Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanschluß Nr. 24.

Nr. 102

Druck und Verlag:
Buchdr. Heinz Müller, Nassau (Lahn).

Samstag, 4. September 1920.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Lahn).

43. Jahrg.

Die Getreide-Reserve.

Aufruf des Bundes der Landwirte.

Der Bund der Landwirte richtet an die Landwirte einen Aufruf, in dem nach Hinweis auf die bevorstehende Freigabe der Vieh- und Fleischwirtschaft, die davon abhängig gemacht wird, daß bis zum 1. Oktober eine Getreidereserve von 2 Millionen Tonnen beschafft ist, gesagt wird:

Es würde für den geplanten Abbau der Zwangswirtschaft ein schweres Hindernis sein, wenn die Aufhebung der Fleischwirtschaft an der unzureichenden Ablieferung von Brotgetreide scheitern sollte. Zugleich ist die schnellste Ablieferung von Brotkorn aber auch eine zwingende vaterländische Pflicht. Das Abkommen von Spa bedroht uns mit den schwersten politischen und wirtschaftlichen Gefahren. Wird es nicht erfüllt, dann fällt das Ruhrgebiet in die Hände unseres früheren Feindes. Eine Wirtschaftskatastrophe von unübersehbarer Tragweite würde die Folge sein. Um dieses Unheil abzuwenden, haben sich die Bergarbeiter zu freiwilligen Höchstleistungen bereit erklärt. Die notwendige Mehrleistung ist aber bedingt durch eine entsprechende Ernährung. Vor allem braucht der Bergarbeiter bei seiner Arbeitsweise unter Tage reichlicheres und besseres Brot. Es rechtzeitig vom Ausland herbeizuschaffen ist unmöglich. Nur die deutsche Landwirtschaft kann helfen. Sie muß daher an ihrem Teil alles daransetzen, damit noch schwereres Unheil von unserer Volkswirtschaft abgewendet werden kann.

Das Ernährungs-Problem.

Reichsminister Dr. Hermes ist mit Geheimrat Herz, der ihn begleitete, von der Konferenz in London zurückgekehrt. Die ursprüngliche Absicht, eine gemeinsame Konferenz der alliierten Mächte und Deutschlands zu veranstalten, konnte infolge unvorhergesehener Umstände in letzter Stunde nicht verwirklicht werden. Trotzdem erhielt die englische Regierung die Einladung an die deutsche Regierung zu der Londoner Zusammenkunft in der Erwägung aufrecht, daß eine gemeinsame Aussprache zwischen dem englischen und deutschen Ernährungsministerium über Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungslage Deutschlands von Vorteil sein würde. Dieser englisch-deutschen Ernährungskonferenz, die unter dem Vorsitz des englischen Ernährungsministers stattfand, und an der auch der deutsche Geschäftsträger Minister Stamer teilnahm, wohnten auch die Vertreter Frankreichs, Italiens und Belgiens zu informativen Zwecken bei.

Minister Cury eröffnete die am 24. August abgehaltene Besprechung mit Worten der Begrüßung für die Erschienenen und wünschte insbesondere Auskunft über das Ernährungsprogramm Deutschlands für das soeben begonnene Wirtschaftsjahr. Minister Stamer dankte im Namen der deutschen Delegation für die Worte der Begrüßung worauf Reichsminister Dr. Hermes sich in längeren Darlegungen über die gegenwärtige Ernährungslage der deutschen Bevölkerung äußerte und die Einfuhrnotwendigkeiten Deutschlands darlegte.

Er wies u. a. darauf hin, daß das deutsche Volk, besonders die Bergarbeiter, alles daran setzen, um die im Spaer Abkommen eingegangenen Verpflichtungen zur Kohlenlieferung reiflos zu erfüllen. Trotz des völlig unbefriedigenden Ernährungszustandes habe es die deutsche Bergarbeiterschaft durch freiwillig übernommene Mehrarbeit bewirkt, daß die Kohlenlieferungen den Anforderungen entsprächen. Die deutsche Arbeiterschaft sei aber jetzt am Ende ihrer Kräfte, und es sei daher eine Besserung der Ernährung unerlässlich.

Diese Besserung sei ebenso wenig wie diejenige der übrigen deutschen Bevölkerung nur möglich durch eine wesentliche Verstärkung der Nahrungsmittelzufuhr aus dem Auslande. Diese habe aber ihrerseits zur Voraussetzung die schnelle Bereitstellung der in Ziffer 6 des Anhangs zum Protokoll der Konferenz von Spa vom 16. 7. 1920 festgestellten Vorschläge durch die alliierten Mächte, und zwar zu Bedingungen, die eine dauernde Hebung der Ernährungslage des deutschen Volkes gestatteten. Ohne vorherige Regelung der Frage der Vorschläge sei die Aufstellung eines praktisch durchführbaren Ernährungsplanes für die deutsche Regierung und damit eine dauernde Gesundung des deutschen Volkes nicht möglich.

Minister Mac Curdy würdigte vollkommen die vom Reichsminister Dr. Hermes dargelegten Schwierigkeiten, die sich für die Aufstellung des Ernährungsprogramms ergeben, und erklärte sich auf Wunsch des Reichsministers bereit, auf eine beschleunigte Regelung der Frage der Vorschläge durch die Reparationskommission, zu deren ausschließlicher Zuständigkeit die Frage gehört, hinzuwirken.

Eine eingehende Besprechung erfolgte am zweiten Tage der Konferenz innerhalb kleinerer, aus Vertretern der beiden Ministerien und Sachverständigen gebildeten Kommissionen. Die englisch-deutsche Ernährungskonferenz war beiderseits von dem Willen zu positiver Mitarbeit getragen und verdient als erster Versuch eines persönlichen Gedankenaustausches zwischen dem Ernährungsminister Englands und Deutschlands Beachtung, zumal die anderen nächstbeteiligten Mächte Kenntnis von den Verhandlungen nahmen.

Die auf der Londoner Konferenz behandelten Fragen werden voraussichtlich Gegenstand weiterer Beratungen sein, an denen dann hoffentlich die bisher nur informatorisch vertretenen Staaten tätigen Anteil nehmen werden.

Die Wirtschaftskrise.

Im Reichswirtschaftsrat hat man sich dieser Tage angesichts des Käuferstills und der Absatzstörung auf verschiedenen Gebieten des Warenmarktes des langen und breiten über die Fragen unterhalten, welches sind die Ursachen dieser Erscheinungen und der daran anknüpfenden Betriebsstörungen und -einschränkungen gewesen, und auf welchem Wege läßt sich die Produktion wieder in Gang bringen.

Als Hauptgrund für die Absatzschwierigkeiten wurde angegeben die mangelnde Kaufkraft des Publikums infolge zu hoch gestiegener Warenpreise. Die Schuld an letz-

tern hinwiederum wurde je nach der Stellung der nun an den Erörterungen beteiligten Persönlichkeiten zugeschrieben den hohen Rohstoffpreisen, Arbeitslöhnen und Gehältern, Ueberspannung der Gewinnzuschläge, Mängeln an der Selbstkostenberechnung, unwirtschaftlichen Produktions- und Betriebsmethoden. Als Voraussetzung einer dauernden Belebung und Gesundung der Wirtschaft wurde schließlich genannt eine Ausgleitung der Warenpreise an die Kaufkraft des Publikums, ein Preisabbau.

Wie soll nun dieser Preisabbau erreicht werden? „Ein wirklich durchgreifender Preisabbau“, so heißt es in der der Erörterung zugrunde liegenden Denkschrift, „kann nur durch eine nach den Gesichtspunkten höchster Wirtschaftlichkeit zu regelnden Mehrproduktion, insbesondere auch in der Landwirtschaft, erfolgen. Es kommt weiter vor allem darauf an, den verarbeitenden Gewerben eine wirksame Kontrolle über die Preisbildung ihrer Rohstoffe und die dem Verbraucher gestellten Preise der Fertigfabrikate zu verschaffen.“ Auf diese Weise sollen also die Preise verbilligt und die Massen kaufkräftiger gemacht werden. Die Mehrproduktion muß u. G. aber nicht nur bei der Landwirtschaft, sondern vor allem auch in der sonstigen Urproduktion, der Rohle einsetzen. Wie sehr hier die Erzeugung dem Bedarf nachhinkt, ergibt eine neuerliche Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums über die augenblickliche wirtschaftliche Lage Deutschlands. Nach dieser hatten wir 1913 an Steinkohle eine inländische Erzeugung von 190,1 Mill. Tonnen; einen Verbrauch von 157,7 Mill. Tonnen; der Rest wurde ausgeführt. Heute steht uns davon nur noch die Hälfte zur Verfügung, die Denkschrift beziffert den Kohlenverlust infolge Produktionsmindernder Faktoren auf nicht weniger als 82 Millionen Tonnen. Und zwar berechnet sie die Verluste infolge Gebietsabtretung auf 17, infolge der Verringerung der Arbeitszeit auf 45 Mill. Tonnen. Dieser Mangel an Kohle hindert uns, die Eisenerzeugung zu erhöhen, behindert uns vor allem darin, die chemische Industrie in vollen Gang zu bringen. Unter dem Kohlenmangel leidet diese doppelt, da die Kohle ihr nicht allein als Brennstoff, sondern auch als Rohstoff dient. Aber auch die sonstigen Industrien, in denen uns Rohstoffe des Inlandes genug zur Verfügung stehen, wie die Baustoffindustrie, die Glas- und Porzellanindustrie vermochten wir bisher nicht in vollen Gang zu bringen.

Hier rächte sich der Kohlenmangel um so bitterer, als die vorgenannten Industrien zugleich Ausfuhrindustrien sind, die in ihrer Ausfuhrfunktion stark lahmgelegt waren. Können wir aber ausführen, dann können wir auch unsere große Bevölkerung hinreichend beschäftigen und erhalten für unsere Erzeugnisse Gegenleistungen, um uns Rohstoffe und Lebensmittel zu beschaffen und bei entsprechendem Bedarf unter nicht zu hohen Preisen auch andere Industriezweige mehr in Betrieb zu setzen.

Soweit die heutigen hohen Warenpreise eine Folge der gewaltig gestiegenen Rohstoffpreise und eine Ueberspannung der Erzeugerpreise sein sollen, so dürfen wir hier unter keinen Umständen auch die Wirkungen der übertriebenen Papiergeldwirtschaft, der Inflation, übersehen.

Hier können weniger die Mittel einer noch so gut ge-

Bergmanns Töchterlein.

Roman von Martin Förster.

(Nachdruck nicht gestattet.)

22)

„Unfinn!“
„Möglich, daß es Unfinn ist. Aber ich glaube es dennoch,“ beharrte Hermann.

„Aber wenn Du dies glaubst, mußt Du auch im Stande sein, es zu beweisen. Wer sind die Leute, die Du bezugwähnst?“

„Zuerst und vor allen der junge Bergmann Franz Degow.“

„Was?“ rief der andere in heiserer Stimme und mit einem beständigen Anblick der Augen. „Warum hast Du ihn im Verdacht?“

„Das ist doch naheliegend genug. Wir beide lieben Jutta Sohle, und wenn er auch vorläufig gefügt hat, fürchtet er doch wohl noch meine bevorstehende Stellung. Mädchen sind so wankelmütig. Für ihn kann es nur vorteilhaft sein, wenn es mir schlecht geht.“

„Wenn Du es nur beweisen könntest, Hermann, daß dieser Degow dabei war. Beweise, Junge, Beweise! Und ich könnte alles für Dich tun!“ rief der Minenbesitzer leidenschaftlich.

„Bringe ihn ins Gefängnis und Du sollst die Stelle des Rasenbesizers haben.“

Der junge Mann starrte den Onkel an. Da er über die Wünsche desselben vollkommen im Unklaren war, konnte er keinen Anspruch nicht begreifen.

„Was hast Du gegen Degow, Onkel?“ fragte er.

„Nun, ist es nicht genug, daß er Dein Nebenbuhler ist?“ Hermann schälte ein wenig ungläubig. Dieser Beweis von verwandtschaftlicher Zärtlichkeit war ihm neu.

Albert Diedrich bemühte sich auch schleunigst, den Eindruck seines Uebereifers zu verwischen, indem er in schelmisch-glückseliger Weise hinzufügte: „Mir liegt alles daran, die unsamen Schurken zu fassen. Hast Du also Verdacht, so bring ihn offen aus.“

„Natürlich. Es ist leider nur ein leiser Verdacht.“

„Du hastest wohl vorwiegend Gold?“

„O nein, es waren auch ein paar Hundertmarksheine da. Aber wozu Hundertmarksheine?“

„Weil wenig bares Geld da war und schließlich hätte ich die Scheine für die Akkordarbeiter ganz gut verwenden können.“

„Hast Du vielleicht daran gedacht, die Nummern zu notieren?“

„Ja, hier sind sie. Willst Du sagen, sie abzuschreiben? Die eine Nummer ist 3821 und die andere 3831.“

„Das könnte vielleicht einen Anhalt geben,“ meinte der Onkel befriedigt, während er die Nummern in sein Taschenbuch schrieb. „Wir müssen sie sogleich der Polizei mitteilen.“

„Das dachte ich auch,“ erwiderte Hermann, „ich will noch gleich auf die Polizeistation.“

„Ja, tue das! Es ist von großer Wichtigkeit!“

„Ich will sofort gehen,“ sagte Hermann, indem er sich erhob und gleich darauf das Herrenhaus verließ.

Einige Stunden später saß der junge Diedrich in seiner eigenen behaglichen Mietwohnung und ließ dem vor ihm ausgebreiteten Wahlvolle Geruch der Luft nach, denn infolge der aufregenden Ereignisse des Tages hatte er seit dem Morgen nichts zu sich genommen, und nun war es nahe an sechs Uhr.

Dieser Tag war einer der schwierigsten seines Lebens gewesen. Aber dank seiner vollendeten Unerschrockenheit und einer glücklichen Vertretung der Umstände verlief die Sache viel leichter, als er es für möglich gehalten hatte. Selbst sein Onkel war weniger schwierig zu behandeln gewesen, als er es erwartet.

Ja, es war glücklich vorüber, und er empfand ein inniges Behagen, als er seinen besten Tee schlürfte und die Redereien verzehrte, die ihm seine Wirtin bereitet hatte. Dabei beglückwünschte er sich wegen seiner eigenen Schlaueit.

Nachdem er seinen Onkel verlassen, war er sofort zur Polizeistation gegangen und hatte dem wachhabenden Beamten einen genauen und umständlichen Bericht von dem Raubansatz gegeben. Dann überreichte er dem Inspektor einen Streifen Papier, auf welchem die Nummern der Banknoten vermerkt standen.

Der Inspektor hatte natürlich eine Menge Fragen zu stellen, und er antwortete mit größter Genauigkeit. Erst dann eilte er nach seiner Wohnung, um nach der Ursache des Tages Weils und Räder auszufragen und seinen Sinner auszufragen.

Während er noch mit seinem Mahle und seinen Gedanken beschäftigt war, trat seine Wirtin herein mit einem Brief in der Hand.

„Ein Bote hat soeben diesen Brief für Sie abgegeben, Herr Diedrich,“ sagte sie.

Sein Gesicht verfinsterte sich, als er die mit Bleistift geschriebene Aufschrift erkannte; er unterdrückte nur mit Mühe den Fluch, der sich unwillkürlich auf seine Lippen drängte.

„Kannten Sie den Boten, Frau Meinert?“ fragte er mit erzwungener Freundlichkeit.

„Nein, Herr Diedrich, er gab auch nur den Brief ab und ging gleich wieder fort.“

„Wie sah er denn aus?“

„Er schien etwa fünfzig Jahre alt zu sein, war groß und mager, mit einem dichten schwarzen Bart.“

„O, vielleicht ein Bettler,“ murmelte Hermann mit vollem Munde.

„O nein, Herr. Er sah zu anständig aus, war auch gut angezogen.“

„Na, jedenfalls nichts Wichtiges. Es ist gut, Frau Meinert.“

Als sie fort war, ergriff er hastig den Brief, riß den Umschlag ab und las aufmerksam die unbeholfen mit Bleistift geschriebenen Worte: „Mein lieber Diedrich! Wenn Sie ein wenig gefunden Menschenverstand haben und Unannehmlichkeiten zu vermeiden wünschen, dann tun Sie gut, mich heute aufzusuchen. Wenn nicht, um so schlimmer für Sie. Ich will nicht länger Ihre Schwindelen ertragen. Aber ich wünsche nicht, Ihnen Unannehmlichkeiten zu bereiten und deshalb schreibe ich dies. Ich bin den weiten Weg hergekommen, um Sie zu sprechen, und wenn Sie mich nicht sehen wollen, dann werden Sie die Folgen tragen müssen. Ich weiß, wo und für wen Sie arbeiten. Was würde Ihr Onkel sagen, wenn ich ihm alles erzählte? Ob ich dies tue oder nicht, hängt von Ihnen ab. Ich werde Sie im Wirtschaftshaus „Zum Ochsen“ heute Abend von acht bis neun Uhr im Gastzimmer erwarten. Wenn Sie sich nicht in dieser angegebenen Zeit dort einfinden, werde ich sogleich ins Herrenhaus gehen und Herrn Albert Diedrich alles von Ihnen und meiner Nichte erzählen. Hochachtungsvoll Peter Varler.“

mehrerer Preispolitik helfen als diejenigen, die einen Abbau der Papierdruckwirtschaft erstreben: Einstellung der Papierdruckpresse, weitgehende Steuerpolitik und eine gezielte Steuererhebung. Diese Mittel dürften mehr als alle anderen geeignet sein, die Kaufkraft des Geldes wieder zu erhöhen bezw. billiger Preise zu verschaffen. Damit erlaßt sich wieder der außerordentlich enge Zusammenhang zwischen unserer Finanzpolitik und den Fragen unserer Wirtschaftspolitik.

Zur Tagesgeschichte.

See- und Marinekammern.

Mittwoch vormittag traten in Berlin die Ausschüsse der vorläufigen See- und Marinekammern vereint zu einer ersten Sitzung im Reichswehrministerium zu einer Sitzung zu sammen. Nach Eintritt in die Verhandlungen wurden verschiedenartige Ansichten über die vorläufige Geschäftsführung geäußert. Entgegen der zutage getretenen Auffassung, als ob es sich bei den See- und Marinekammern um eine Körperschaft von parlamentarischen Charakter handle, wurde von anderen Vertretern bemerkt, daß die Kammer zunächst nur vorläufige Einrichtungen seien und vom Reichswehrminister zusammengezurufen würden, um bei der Beratung von Gesetzesentwürfen mitwirken und Wünsche und Anregungen der Truppe zur Sprache zu bringen und zu begutachten. Durch den Vorsitzenden wurde die Rechtslage in ähnlichem Sinne im einzelnen dargelegt. Zur Beratung lag ein Entwurf zum Wehrmacht-Verordnungsgesetz vor. Nachdem die einzelnen Paragraphen dieses Gesetzesentwurfes von dem Referenten des Reichswehrministeriums erläutert worden waren, wurden zahlreiche Wünsche und Änderungen formuliert und zur Beschlußfassung gestellt.

Hauptmann v. Arnim.

Der in der französischen Note genannte Hauptmann v. Arnim, dessen disziplinarische Bestrafung geordert wird, war der Führer der Reichswehrkompanie, die seinerzeit vor der französischen Botschaft bei der Hisung der Flagge Honeur erweisen mußte. Wie erinnerlich, hatte die deutsche Truppenabteilung nach brendem Vorbeimarsch an der französischen Botschaft das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ angestimmt.

Verhaftungen in Breslau.

Ist bisher gelungen, drei Personen zu verhaften, die bei dem Sturm auf das polnische Konsulat beteiligt gewesen sind. Darunter befindet sich ein 20jähriger Junge, der jugend, das Konsulatsgebäude heruntergerissen zu haben. Weitere Ermittlungen sind im Gange. Der Breslauer Polizeipräsident erläßt heute erneut einen Aufruf an die Bevölkerung, alle Angelegenheiten der Vorgänge sollen sich sofort melden, damit die Bedingungen der französischen Note möglichst erfüllt werden können.

Ein Konflikt.

In Preußen ist es zu einem scharfen Konflikt zwischen der Regierung und den Beamtenorganisationen gekommen. In der Preussischen Landesversammlung tagte eine Sitzung von Vertretern der Beamenschaft. Außer den drei gewerkschaftlichen deutschen Beamtenorganisationen, das heißt dem Deutschen Beamtenbund, dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund und dem Deutschen Gewerkschaftsbund, waren auch der Bund höherer Beamten, dann der durch Abspaltung von dem Justizbeamtenbund kürzlich gebildete Bund der Militärbeamten Preußens eingeladen. Gegen die Hinzuziehung dieser Verbände nahmen die drei großen Verbände entschiedene Stellung. Die Regierungsvertreter erklärten, daß sie eine Verhandlung über den Kreis der Einladung hinaus nicht zulassen würden. Daraus ließen die Spitzenorganisationen durch ihre Vorsitzenden Verwahrung gegen die Zuziehung von Abspaltungsorganisationen einlegen und erklärten, daß sie wahrheitsgemäß nicht erschienen wären, wenn sie gewußt hätten, daß die Regierung, wie sie sich ausdrückte, nicht verhandeln, sondern die Beamenschaft nur hören will. Der größere Teil der Delegierten verließ darauf den Versammlungsraum. Ihnen schlossen sich auch die Abgeordneten der Mehrheitssozialdemokraten, der Demokraten und Unabhängigen an. Die Sitzung wurde darauf abgebrochen. Hinter den Kulissen wird an einer Einigung gearbeitet.

Deutsche Entschuldigung.

In Vertretung des deutschen Geschäftsträgers sprach Legationsrat v. Dirlsen der polnischen Regierung in Warschau das Bedauern der deutschen Regierung über die Breslauer Vorfälle aus. Die polnische Regierung hat die polnische Gesandtschaft in Berlin beauftragt, sich mit der deutschen Regierung wegen der Entschuldigung für die Verletzung des Konsulats ins Benehmen zu leben.

Die Nebenregierung.

Die Betriebsräte der Eisenbahndirektion Berlin, des Verkehrsverbandes und Verkehrsvereins der Deutschen Eisenbahnverbände haben schriftliches Protest gegen den Erlass des Reichsverkehrsministeriums eingelegt, wonach die Kommission zur Überwachung der Truppentransporte ihre Tätigkeit einstellen soll. Wie der „Vorwärts“ erklärt, werden sich die Betriebsräte auch durch Drohungen mit der Entlassung nicht einschüchtern lassen, sondern die Truppentransporte und die Züge mit Waffen, Munition und Kriegsgüter nach wie vor anhalten, bis ihre Reichskommission die Transporte gestattet.

Der Steuerabzug.

Aufruf der Reichsregierung.

Während die Durchführung des Steuerabzuges von Lohn und Gehalt in den meisten Gegenden glatt vor sich geht, haben sich in einzelnen Landesteilen Schwierigkeiten ergeben, die mit aller Entschiedenheit bekämpft und überwunden werden müssen. Die Reichsregierung hat darum schon vor einiger Zeit einen Aufruf verfaßt und an die Landesfinanzämter mitgeteilt, damit diese ihn nach Bedarf veröffentlichten können. Dieser Aufruf hat folgenden Wortlaut:

„Der Steuerabzug vom Lohn und Gehalt findet in einigen Betrieben Widerstand bei den Arbeitnehmern. Diese übersehen, daß der von der Nationalversammlung beschlossene und vom Reichstage fast einheitlich bestätigte Steuerabzug eine Lebensnotwendigkeit des Reiches, wie auch der Länder und Gemeinden ist. Die Arbeitgeber sind durch das Gesetz gezwungen, den Abzug bei der Lohnzahlung vorzunehmen, und nur auf diesem Wege ist es möglich, die Besteuerung des Einkommens zu sichern, ohne durch zwangsweise Verleumdung rückständiger Steuerzahler die Existenz des

Arbeiters zu gefährden. Wer sich dem Steuerabzug widersetzt, schädigt das Interesse der Arbeiter und gefährdet zugleich die Durchführung der Steuererhebung, von denen der Wiederaufbau abhängt. Denn eine erfolgreiche Verwirklichung dieser Steuern würde von anderen Steuerpflichtigen nachgezogen werden.

Die Reichsregierung muß das Gesetz ebenso durchführen, wie sie die Erhebung der zehnprozentigen Kapitalsteuer durchgeführt hat und die weiteren Gesetze zur Besteuerung des Vermögens durchführen wird. Die Reichsregierung ist entschlossen, jedem Versuche zu gesetzwidriger Ablehnung des Steuerabzuges mit allen Kräften entgegenzutreten und die zu seiner Durchführung verpflichteten Arbeitgeber und Beamten zu schützen; sie vertritt auf die Einsicht und Mäßigung der Arbeiterschaft, die sich fast überall im Reich bereits bewährt hat.

Die deutsche Politik.

Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten.

Berlin, 1. Sept.

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten gab der Reichsminister des Auswärtigen einen Überblick über die allgemeine Lage. Er rechtfertigte die deutsche Neutralitätspolitik im russisch-polnischen Konflikt mit dem Hinweis darauf, daß ein Anschluß an Rußland Deutschland zum Kriegsschauplatz gemacht hätte.

Im Hinblick auf die Entlohnung der Mütter unserer Jugend zu opfern, wäre unter keinen Umständen zu veranlassen gewesen. Auf der anderen Seite hätte ein gemeinsames Vorgehen mit den Westmächten gegen den russischen Bolschewismus und den Bürgerkrieg heraufbeschworen und uns außerdem die Feindschaft Rußlands eingetragen. Für uns sei maßgebend, daß die Sowjet-Regierung in Rußland tatsächlich die Macht besitze. Die Behauptungen über bestehende Geheimverträge wies der Minister mit aller Entschiedenheit ins Reich der Fabel.

In längeren vertraulichen Darlegungen wurden die Breslauer Vorfälle und die französische Note besprochen.

Der Reichsminister ging dann auf die Genfer Konferenz und auf ihre Vorbereitungen ein. Die häufig gestellte Frage, ob es überhaupt zu der Konferenz kommen werde, sei jetzt noch nicht endgültig zu beantworten. England und Italien schienen ein großes Gewicht auf das Zustandekommen der Konferenz zu legen. Eins könne man mit Sicherheit annehmen, daß nämlich auf Drängen Frankreichs die Brüsseler Konferenz unabhängig von der Genfer stattfinden würde und daß das große internationale Finanzprogramm, das in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit besprochen wurde, nicht ohne genügende Berücksichtigung der finanziellen Lage Deutschlands auf der Genfer Konferenz zustandekommen würde. Deutscherseits habe man mit den Vorbereitungen für die Genfer Konferenz unmittelbar nach Spa begonnen. Die Vorbereitungen lägen in der Hand des Ministerialdirektors v. Simson, der auch an den Beratungen in Spa teilgenommen habe. Es liege bereits eine Fülle von Material vor, auf dessen Einzelheiten er auf Wunsch gern eingehen werde. Eine endgültige Stellungnahme sei jedoch zurzeit weder möglich noch angezeigt. Der Minister erklärte, seinen Urlaub in der Schweiz dazu benutzt zu haben, um mit dem Gesandten in Bern die an Ort und Stelle zu treffenden Vorbereitungen für Genf zu besprechen. Er hoffe, daß die deutsche Delegation danach näher am Mittelpunkt der Verhandlungen untergebracht und auch anders behandelt werde als in Spa. Wie auch die Entscheidung in Genf falle, sei doch jetzt schon anzunehmen, daß einen wesentlichen Einfluß die von uns in Spa überreichten Denkschriften haben werden. Der Reichsminister habe sich mit den Mächten, die für Genf vorzüglich in Frage kämen, dahin in Verbindung gesetzt, daß bereits vor der Konferenz die Sachverständigen dieser Länder untereinander Fühlung nehmen, damit in Genf nicht wieder ein Diktat zustande komme und sich nicht wieder die gleichen Schwierigkeiten erheben wie in Spa. Der Reichsminister betonte, es sei notwendig, daß die Öffentlichkeit in den fremden Ländern, vor allem in Frankreich über die Grenzen unserer finanziellen Leistungsfähigkeit und über die Bedrängnis unserer Lage aufgeklärt werde. Dem Gedanken müsse entgegengetreten werden, daß wir alles bejahen werden und können. Er hofft, daß es gelingen werde, den Boden für die Verhandlungen vorzubereiten und in Genf zu einer Verständigung zu kommen.

In der anschließenden Debatte kamen alle Parteien zu Wort. Die Politik der Regierung fand bei der Mehrheit Billigung.

Russisch-polnischer Krieg.

Der polnische Uebermut.

Die Aeußerungen des Marschalls Pilsudski in Warschau machen nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ in London einen unangenehmen Eindruck. Den Plätzen zufolge liegen in amtlichen Kreisen außer dem Bericht über Pilsudski andere Anzeichen dafür vor, die darauf hindeuten, daß die polnischen Militärs genötigt sind, den nachdrücklichsten Rat der Alliierten, daß die im Versailles Vertrag festgesetzte Grenze nicht überschritten werden soll, unbeachtet zu lassen.

Kein Waffenstillstand.

Nach der „Information“ berichtet die „Daily Mail“ aus Warschau, daß der Rest der polnischen Delegation aus Moskau zurückgerufen worden ist. Die bolschewistischen Delegierten seien nach Moskau zurückgekehrt. Keine der beiden Delegationen hätte einen Waffenstillstand vorgeschlagen.

Belgische Kundgebung.

Der Bund der katholischen Vereinigungen und der christlichen Arbeiterverbände tritt in einer Kundgebung für Polen ein und fordert alle Belgier auf, sich gegen alle Maßnahmen zu wenden, die geeignet seien, die polnischen Erfolge gegen den Willen der großen Mehrheit des belgischen Volkes zu verzögern oder zu verhindern.

General Wrangel.

Die „Times“ berichten aus Konstantinopel, daß General Wrangel sich in der Krim auf die Defensiv beschränken werde, so daß er nötigenfalls die Gegend nördlich der Krim aufgeben werde, um seine ganzen Offensivkräfte im Südaufmarsch und im Dongebiet einzusetzen. Nach demselben Blatte wäre die Räumung von Jekaterinodar und Noworossissk eine von Wrangel angeordnete Taktik.

Die Breslauer Vorfälle.

Künftig wird mitgeteilt: Der französische Botschafter überreichte dem Reichsminister des Auswärtigen die Note wegen der Breslauer Vorgänge.

Der Wortlaut.

Die von der französischen Botschaft überreichte Note hat folgenden Wortlaut:

Herr Minister! Im Anschluß an meine Note vom 27. August beehre ich mich, Eurer Excellenz die Bedingungen der Republik für die Beilegung des ersten Zwischenfalles bekannt zu geben, der sich auf dem französischen Konsulat in Breslau zugetragen hat.

1. Das Konsulat wird von der deutschen Regierung auf ihre Kosten wieder in Stand gesetzt.

2. Die deutsche Regierung zahlt 100 000 Franken zur Entschädigung der Konsulatsbeamten für die bei der Plünderung erlittenen materiellen Verluste und für den Schaden, der ihnen durch Vernichtung ihrer auf dem Konsulat hinterlegten Urkunden und Wertpapiere entstanden sein könnte, sowie für die besonderen Aufwendungen, zu denen der Vorfall sie genötigt hat.

3. Alle am Ueberfall Beteiligten werden ermittelt und bestraft. Das Ergebnis der Ermittlung wird der Botschaft binnen acht Tagen mitgeteilt.

4. Gegen die Ortsbehörden, durch deren Einverständnis, Fahrlässigkeit oder Gleichgültigkeit die Ausführung des Ueberfalls möglich war, werden disziplinarische Maßnahmen getroffen, von denen die Botschaft innerhalb der gleichen Frist Mitteilung erhält.

5. Nach vollständiger Erfüllung dieser Bedingungen wird das Konsulat in Gegenwart des Oberpräsidenten von Oberschlesien und des französischen Botschaftsrats wieder eröffnet. Die Flagge wird gleichzeitig gehißt und nach 7 Uhr abends. Eine Kompanie Reichswehr mit Musik erteilt die Ehrenbezeugungen und desfilert vor dem Konsulat. Das Programm des Alles wird im Einvernehmen mit der Botschaft festgesetzt.

Da die Regierung der Republik der Ansicht ist, daß die gegenwärtige Tat gegen das französische Konsulat in Breslau auf die nämlichen Ursachen wie die Beleidigung des französischen Botschafters am 26. Juli zurückzuführen ist, verlangt sie außerdem sofortige disziplinarische Maßnahmen gegen den Hauptmann v. Arnim. Die Regierung der Republik wünscht, mit der deutschen Regierung in einer Atmosphäre der Beruhigung und Arbeit friedliche Beziehungen zu unterhalten; aber sie muß feststellen, daß eine lange Reihe feindseliger Kundgebungen und Angriffe gegen ihre zivilen und militärischen Vertreter in Deutschland zeigt, daß es gewisse Elemente auf Herausforderungen geradezu abgesehen, zu denen das regelmäßige Ausbleiben einer Bestrafung geradezu ermutigt. Sie ist überzeugt, daß dieser unerträgliche Zustand von Tag zu Tag sich verschlimmern wird, wenn die deutsche Regierung nicht durch deutliche Mißbilligung und Bestrafung zeigt, daß sie dem ein Ende machen will. In diesem Sinne beehre ich mich, im Auftrage meiner Regierung die Forderung zu stellen, daß die deutsche Regierung für alle Zwischenfälle, deren Opfer französische Staatsangehörige gewesen sind, mir in der Botschaft durch den Reichsminister ihr Bedauern ausdrückt und zugleich die Zusage erteilt, daß die in der vorliegenden Note geforderten Genehmigungen in vollem Umfang gewährt werden. Im übrigen behalten sich die Verbündeten selbstverständlich vor, Maßnahmen und Wiedergutmachungen zu verlangen, die die Uebergriffe, denen die internationalisierte Kontrollkommission und ihre Mitglieder ausgesetzt waren, zu erfordern scheinen. Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. Charles Laurent.

Allelei Nachrichten.

Ausfahrungen in Frankfurt a. M.

Im Anschluß an eine Demonstration, die eine Zahlung von 500 Mark an solche Erwerbslose verlangte, die längere Zeit ohne Arbeit sind, kam es in Frankfurt a. M. zu blutigen Vorfällen. Die Erwerbslosen suchten das Rathaus zu stürmen, das von grüner Sicherheitspolizei besetzt war. Nachdem die Sicherheitspolizei mehrere Schüsse in die Luft abgegeben hatte, schloß sie in die Menge. Es gab mehrere Tote und viele Verletzte. Sicherheitspolizisten wurden in der Stadt von einzelnen Trupps angefallen und teilweise blutig geschlagen, auch aus der Straßenbahn herausgeholt und mißhandelt. Die Sicherheitspolizisten, soweit sie allein waren, suchten Zuflucht in den Häusern, die verschlossen wurden. Die Geschäfte schlossen ebenfalls. Die radikale Arbeiterkraft verließ zum größten Teil die Straße und hielt eine Versammlung im Schuhmanntheater ab. Dort wurden die Vorfälle eingehend geschildert und die Vermutung ausgesprochen, daß es sich um ein Spiel zu einem Putsch nach rechts handle.

Das Josefaler Verbrechen.

In Deutchen wurden drei Opfer des Josefaler Verbrechens beraubt. Die Namen aller Opfer sind jetzt festgestellt. Der Sektionsbefund der Leichen ergab außer Schußwunden weitere schwere Verletzungen, so daß schwere Mißhandlungen der Opfer anzunehmen sind. In Hohen wurde der Sohn einer Familie Pabushet durch vier Revolverkugeln aus dem Hause der Eltern geholt und später auf der Eisenbahnstraße mit ausgestochenen Augen schwer verletzt aufgefunden; inzwischen ist er seinen Verletzungen erlegen.

Die Prügelstrafe in Ungarn.

In der Nationalversammlungsdebatte über das Prügelstrafengesetz äußerte der Justizminister Tamasan, er habe infolge der von den Gegnern dieser Vorlage vorgebrachten objektiven Gründe gewisse Änderungen der Vorlage angenommen, namentlich die, daß die Prügelstrafe nur wegen ausgesprochenen Ausbeutungsvergehens oder Verbrechens verhängt werden solle, z. B. wegen Preistreiberei, wenn diese geschäftsmäßig betrieben werde. Die Vorlage wurde mit Mehrheit zur Spezialdebatte angenommen.

Kleine Meldungen.

Berlin. Der Reichstag nimmt seine Beratungen am 18. Oktober auf.

Berlin. Die preussische Landesversammlung tritt, wie verlautet, am 15. September wieder zusammen. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung stehen vorerst nur kleinere Anfragen.

Berlin. In der Konferenz der einzelstaatlichen Ernährungsminister mit dem Reichsernährungsminister wurde den Forderungen, die das Reichsministerium für die Sicherung der Ernährung erhebt, insbesondere einer solchen der Fleisch- und Vorratsreserve, zugestimmt.

Berlin. In Berlin wurde der 6. deutsche Kongress für Krüppelfürsorge eröffnet.

Paris. Nach einer Havasmeldung aus Smyrna haben die Griechen die Kemalisten, die Ushak verteidigten zurückgeworfen und dabei 12 Geschütze erbeutet. Ushak wurde von den Griechen besetzt.

Brüssel. Die „Independance Belge“ meldet, daß General Denikin, der die in Südrußland gegen die Bolschewisten kämpfenden Truppen befehligte, sich augenblicklich in Brüssel befindet, wo er einige Zeit zu verbringen gedenkt oder sich vielleicht endgültig niederlassen wird.

Amsterdam. Nach einer Londoner Meldung begannen die Bezahlungen der deutschen Vorkriegsschulden an die englischen Gläubiger. Eine Anzahl derselben wurde bereits bezahlt.

London. „Daily Chronicle“ kündigt den Rücktritt des englischen Botschafters in Paris Lord Derby an.

Konstantinopel. Nach hierher gelangten Gerüchten, die jedoch mit allem Vorbehalt aufgenommen werden müssen, soll in Tofat gegen Mustafa Kemal Pascha ein Attentat verübt worden sein. Kemal Pascha soll von zwei Kugeln getroffen und sein Begleiter Behir Samy getötet worden sein.

Aus Nassau und Umgebung.

Nassau, 3. Sept.

Künstlerkonzert. Nach längerer Pause steht den Einwohnern von Nassau und den hier weilenden Fremden ein bedeutender Konzertgenuss bevor. Am Sonntag wird hier die Coloraturfängerin Franziska Hein aus Berlin einen Arien- und Künstlerabend veranstalten, bei dem der in unserer Stadt wohlbekannte Pianist Fr. Priester die Klavierpartie übernimmt hat. Die junge Künstlerin hat bereits im Frühjahr in Bad Ems ein Konzert gegeben, mit diesem günstigen Erfolg für einen Abend im Ems Kurort verpflichtet wurde. Gestern, Donnerstag, hat sie diese Verpflichtung erfüllt, und kommt nun auch hierher. Die Sängerin hat ein Programm zusammengestellt, wie sie es den Anhängern ihrer Kunst in der Großstadt zu bieten pflegt und wodurch sie schon so manchen Erfolg errungen hat. Wir wünschen der strebsamen Künstlerin ein volles Haus. — Die Künstlerin erzielte gestern Abend im Kurort einen vollen Erfolg, der besonders bei dem „Barbier von Sevilla“ zu stürmischen Beifallskundgebungen ausartete.

Personalien. Herr Schulamtsbewerber Richard Hosbach von Weyer, Kreis St. Goarshausen, ist vom 1. September ab zum Lehrer in Delligshofen ernannt worden.

Der Stenographenverein „Gabelsberger“ hat in seiner letzten Mitgliederversammlung einmütig beschlossen, seine beiden Mitglieder die Herren Bürgermeister Hahndorfer und Kaufmann A. Lorch zu Ehrenmitgliedern zu ernennen. Beide Herren gehören seit der Gründung dem Verein an und haben sich um das Bestehen und die Entwicklung desselben sehr verdient gemacht.

Schöffengerichtssitzung am 2. September. A. M. von Singhofen wird wegen Mißhandlung eines Hundes zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. — W. A. von Dörnberg wird wegen Treibriemendiebstahls zu 5 Tagen Gefängnis verurteilt. — E. A. von Bad Ems wird wegen Vergehens gegen die Reichsgetreide-Ordnung zu 250 Mk. Geldstrafe eventl. 25 Tagen Gefängnis verurteilt; außerdem wird auf Einziehung von 2 Sack Mehl erkannt. — Dachdeckerlehrling P. E. aus Frankfurt a. M. wird wegen Diebstahls ein Verweis erteilt. — M. M. aus Bad Ems wird wegen Vergehens gegen die Verordnung des Kreisaußschusses vom 18. Oktober 1919 betr. Handel mit Backwaren zu 5 Mk. Geldstrafe verurteilt. — Wegen Vergehens gegen dieselbe Verordnung werden bestraft A. D. von Bergnassau-Scheuern zu 5 Mark und 3 Mark Geldstrafe. In der Strafsache gegen A. H. von Krenberg wegen Unterschlagung wird neuer Termin auf den 18. September bestimmt und Vorführung des unentschuldigst ausgiebliebenen Angeklagten befohlen.

Bergn.-Scheuern. Der Turnverein hält am Sonntag, den 5. September, sein diesjähriges Sommerabturnen verbunden mit Jünglingswetturnen ab. Von morgens 9 Uhr ab Preisturnen der Jünglinge, nachmittags 2 Uhr Schauturnen und Faustballspielen, daran anschließend ab 5 Uhr Tanzvorführungen im Saalbau Rünzler und abends Verlosung von nützlichen Gegenständen.

Vom Westerwald. Bravo! Landwirte! In einer Versammlung von Vertretern der freien Bauernschaft, des Bundes der Landwirte, Arbeitersekretären und Verbrauchern in Beßdorf wurde der Beschluß gefaßt, daß ein Preis von 20 Mark für den Zentner Spätkartoffeln für angemessen anzusehen ist. Die Landwirte verpflichten sich zur Ablieferung für diesen Preis an die Kreisingesessenen.

Dem Bauwetturnen des Lahn-Dill-Gaues in Seelbach (Oberlahnkreis) am 29. August gingen am Vorabend Sitzungen des Bauvorstandes und des Turnauschusses voraus; den Verhandlungen entnehmen wir u. a., daß sich 9 Vereine zur Aufnahme gemeldet haben, sodaß der Gau jetzt wieder 110 Vereine zählt. Das Fraueturnen wurde zum 1. Oktober Herborn und das Meisterschafts-Geräteturnen zum 17. Oktober Limburg übertragen. Dem Gauturnwart Münch die Ehrenurkunde der Deutschen Turnerschaft verliehen worden. Abends vereinigte ein Kommer die Gäste und Einwohner im Huth'schen Saale. Ansprachen, gemeinschaftliche Lieder usw. wechselten in bunter Reihe. Nach einem Festgottesdienst am Sonntag morgen begann das Wettturnen in 10 Riegen bei einer Teilnehmerzahl von 130 Turnern. 58 Turner konnten mit Diplom und Kranz ausgezeichnet werden (höchsterreichbare Punktzahl 100; zur Erlangung eines Kranzes mußten mindestens 60 Punkte erzielt werden.) Zum ersten Male fand auch ein Frauen-Wettturnen statt, zu welchem 20 Turnerinnen gemeldet waren.

Kirchheim. Billige Kartoffeln. Der hiesige Kreisbauernverein, der 335 000 Zentner Kartoffeln zu verkaufen hat, beschloß sie zum Preise von 20 Mark den Zentner an die minderbemittelte Bevölkerung abzugeben.

Bekanntmachung.

Bis einschließlich 10. September können die Zwetschenberge von den Eigentümern ohne Lösung schriftlicher Erlaubnischeine betreten werden.

Nassau, 2. September 1920.

Die Polizei-Verwaltung:

J. B. Der Beigeordnete: Unverzagt.

Bekanntmachung.

Gefunden: ein Schlüssel.

Nassau, 2. September 1920.

Die Polizei-Verwaltung:

Nachrichten des Wirtschaftsamt der Stadt Nassau

Zucker.

Auf Abschnitt 11 der Kreiszuckerkarte können ab Samstag, den 4. September in den hiesigen Kolonialwarenhandlungen

500 Gramm Zucker

entnommen werden. Preis pro Pfund 1,90 Mk. Entnahme hat wegen des Abrechnungsverfahrens bis 22. September zu erfolgen.

Butter.

Auf Abschnitt 21 der Fettkarte wird am Samstag, den 4. September im Geschäft von Frau Auguste Bach 50 Gramm Butter abgegeben und zwar an die Inhaber der Kart. Nr. 1773-1991.

Ausgabe an die übrigen Karteninhaber erfolgt später. Die Abschnitte behalten ihre Gültigkeit, wenn sie an den Karten verbleiben.

Margarinekästen.

Am Montag, 6. September, mittags 11^{1/2} Uhr, werden im Rathaus Hofe, eine Anzahl leere Margarinekästen und Fässer versteigert.

Kartoffeln.

Unter Bezugnahme auf die in Nr. 101 des Nassauer Anzeigers im Lokalteil abgedruckte Bekanntmachung des Kreisaußschusses Diez empfehle ich allen Verbrauchern den Kartoffelbedarf selbst zu beschaffen. Nachdem der Kartoffelhandel in einigen Tagen freigegeben ist, liegt es im eigenen Interesse der Familien, von dem Recht des freien Handels Gebrauch zu machen, zumal der Gemeinde auch nicht mehr die Verpflichtung zur Versorgung obliegt. Nur diejenigen Familien, die nicht in der Lage sind, ihren Bedarf oder einen Teil desselben — anderweit einzudecken und auf Bessererung durch die Stadt angewiesen sind, wollen sich erneut bis spätestens 10. September, mittags 12 Uhr, im Rathaus, Zimmer 1, zum Kartoffelbezug anmelden. Die Anmeldungen verpflichten zur Abnahme; der Preis ist z. Zt. noch nicht bekannt. Die im Juni gemachten Anmeldungen werden hiermit für hinfällig erklärt. Wie bereits bekannt gegeben, nimmt die Stadtkasse jetzt schon Anzahlungen auf die bestellten Kartoffeln entgegen.

Diez, den 31. August 1920.

Bekanntmachung.

Die Frist für die Abgabe der Steuererklärungen

a) zum Reichsnotopfer,

b) zur Besitzsteuer

ist bis einschließlich den 30. September ds. Js. verlängert worden. Höherer Anordnung entsprechend gebe ich dies hiermit bekannt mit dem Hinzufügen, daß an der Einhaltung dieser Frist mit Rücksicht auf die Fertigstellung der Veranlagungsarbeiten festgehalten werden muß.

Ich nehme hierbei Bezug auf meine Bekanntmachung vom 1. Aug. d. Js., Kreisblatt No. 80, und gebe hiermit weiter bekannt, daß mit Rücksicht auf die zu erledigenden sonstigen Dienstgeschäfte und den Abschluß der Veranlagung über die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs bis auf weiteres Reichsnotopfer- und Besitzsteuererklärungen an Dienststelle zu Protokoll nicht mehr entgegen genommen werden können. Die Steuerpflichtigen werden gut tun, sich danach zu richten und die Erklärungen schriftlich einzureichen.

Der Vorstand des Finanzamtes.

Markloff.

Turn- und Sportgemeinde „Nassovia“.

Außerordentliche Generalversammlung

Samstag, den 4. Sept., abends 8^{1/2} Uhr,

bei Paulus.

Tagesordnung:

1. Bericht über das stattgefundene Sportfest,

2. Anträge auf Berichtigung der Statuten,

3. Friedesredes.

Vollständiges Erscheinen wird erwartet.

Der Vorstand.

Stenographenverein „Gabelsberger“, Nassau.

Ende September ds. Js. beginnen

Stenographie-Anfängerlehrgänge

nach dem deutschen System „Gabelsberger“.

Anmeldungen rechtzeitig erbeten. Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute nach schwerem, langen Leiden, unsere liebe, gute Tante

Johanna Fuchs

im Alter von 72 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familien Ros u. Spriestersbach.

Nassau, den 1. September 1920.

Die Beerdigung findet Samstag, 4. September,

nachm. 3 Uhr, statt.

Vom 1.—15. September 1920:

Große Verkaufstage

in Porzellan und Steingut.

Die Preise sind derart niedrig, daß Jeder staunen wird. — Wer diese günstige Gelegenheit versäumt, schadet sich selbst.

Ca. 20 000 Stück Schüsseln, Stück von

50 Pfg. bis 4,50 Mk.

Tassen, Teller, Waschgarnituren usw.

Albert Rosenthal, Nassau.

Arien- und Liederabend

v. Franziska Hein, Coloraturfängerin a. Berlin

Am Klavier Friedrich Priester, Bad Ems

Sonntag, den 5. September 1920,

abends 8 Uhr,

im Saale des Gasthauses „Zum Hirsch“

Eintritt: 5,- u. 3,- Mk.

Vorverkauf ab Freitag in der Buchhandlung Brunn und bei den Friseur-Schneider und Kürsten

Landw. Bezugs- u. Absatz-Genossenschaft Nassau.

In Kürze treffen ein einige Waggonen gutes Heu, Korn- u. Haferstroh zu billigerem Preis, sowie Thomasmehl, Kainit u. Kohlenkuchen. Bestellungen sind jetzt schon erwünscht. Bestellungen auf Pettkuher Saatroggen, 1. Abfaat, sind unter Angabe der Anbaufläche sofort an den Rendant zu richten, daselbst auch Auskunft betr. der Preise.

Der Vorstand.

Gottesdienstordnung

Sonntag, 5. September 1920.

Evangel. Kirche Nassau.

Borm. 10 Uhr: Herr Pfr. Lic. Fresenius. Kirchenjammlung für den Verein Hoffnungstal bei Berlin. Borm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. (Die Vorbereitung dazu Freitag, 3. Sept., abends 8,15 Uhr, in der hiesigen Kleinkinderschule.) Nachm. 2 Uhr: Herr Pfr. Lic. Fresenius. Christenlehre für die männliche Jugend. Die Amtshandlungen hat Herr Pfr. Lic. Fresenius.

Kathol. Kirche Nassau.

7,30 Uhr: Frühmesse; 10 Uhr: Hochamt; 2 Uhr: Andacht.

Dienethal.

Bormittags 10 Uhr: Predigt; Nachmittags 2 Uhr: Christenlehre.

Obernhof.

Bormittags 10 Uhr: Gottesdienst und Christenlehre.

Für die Bedienung einer

Schreibmaschine eine geeig-

nete Kraft, möglichst m. Kennt-

nis der engl. u. franz. Sprache,

zum sofortigen Eintritt gesucht.

Ausführliche Angebote erbeten.

Nassauer Drahtwerke,

Nassau-Lahn.

Erstklassiges Piano

sehr preiswert zu verkaufen.

Off. u. Piano a. d. Geschäftsst.

1 Hahn und 5 junge

Hühner

zu verkaufen.

Obernhoferstr. 18.

Frauen

keine Angst

bei Ausbleiben und Störung der

monatlichen

Regel.

Nur meine unübertroffenen wirk-

samen Spezial-Mittel bringen ih-

nen einzig u. allein Hilfe. Erfolg

vielfach schon in einigen Stunden,

ohne Berufsstörung. Unschädlich.

Garantie in jedem Falle, Geld

zurück. Fast jede Frau dankt mir

von ganzem Herzen. Fassen Sie

auch noch einmal Mut u. brauchen

mein anerkannt gutes Mittel, auch

Sie werden mir dankbar. aller

Sorgen entbunden sein. Teilen Sie

mir mit wie lange Sie klagen.

Diskr. Versand. Frau Steeger,

Hamburg, Altonastr. 20a.

Gelegenheitskauf!

Ein Posten

mod. Haarspangen,

darunter elegante Sachen:

zum Ausschauen per Stück

M. 4,75, 3,75, 2,95, 1,75

M. Goldschmidt, Nassau

Zum 1. Oktober

ruhiges, unmöbliertes Zim-

mer, am liebsten voller Pen-

sion gesucht. Off. R. 100 mit

Preisangabe a. d. Geschäftsst.

31rha 30 - 40 Zentner

abzugeben.

2-3 Mann z. Obstpfücken

gesucht.

Reinhardt, Hof Oberguttenau.

Haushälterin

gesucht zum 1. Novbr. oder

früher von älterem alleinstehen-

den Witwer. Fräulein oder

kinderreife Frau mit guten Em-

pfehlungen, erfahren in besserer

Küche und in Krankenpflege,

mit freundlichem Wesen. Be-

werbungen mit ausführl. Le-

benslauf etc. an die Geschäfts-

stelle des Nassauer Anzeigers.

Best. Alleinmädchen

für kleinen herrschaftl. Haus-

halt gegen hohen Lohn sofort

gesucht.

Villa Reidel, Boppard-Rh.,

Coblenzstraße.

Herd

zu verkaufen.

Näh. i. d. Geschäftsstelle.

Biege

zu verkaufen.

Näh. i. d. Geschäftsstelle.

Winzerverein Nassau.

Wir haben noch guten

Weiß- und Rotwein

abzugeben. Für Kranke auch

in Flaschen.

Der Vorsitzende:

H. Mißler.

Einige Zentner

abzugeben.

Sal. Hofmann.

Bereinsnachrichten.

Evangel. Kirchenchor. Frei-

tag abends 8^{1/2} Uhr Gesang-

stunde im Hotel Müller (Gar-

tenhof).

Turn- und Sportgemeinde

„Nassovia“ Nassau. Frei-

tag abends 5,30 Uhr: Sämt-

liche Mitglieder auf dem

Platz z. Arbeitsdienst.

Freitag abends 8,30 Uhr:

Vorstandssitzung b. Leicher.

Turngemeinde (Spielabtlg.).

Jeden Montag, Mittwoch u.

Samstag 6,30 Uhr: Spielen.

Samstag 9 Uhr: Verjam-

mlung bei Gastw. Köhler Alle

Spielmannschaften zur Stelle.

Photogr. Atelier Willy Bramm

Bad Nassau

Für Aufnahmen jeglicher Art den ganzen Tag geöffnet
Sonntags von 9 Uhr vorm. bis 6 Uhr abends
Anfertigung sämtlicher Arbeiten für Amateure
Vergrößerungen werden unter Garantie auf Ähnlichkeit in Schwarz, Sepia
und Malerei geliefert
Bei größ. Aufträgen in Vereins-, Gruppen- und Familien-Bildern Preis-
ermäßigung
Bei Aufträgen außer dem Hause genügt Benachrichtigung durch Postkarte

Aleine Chronik.

Ein neuer Heizstoff. Bei dem Patentamt in Berlin ist von einem Wiesbadener eine Erfindung angemeldet worden, die für die Allgemeinheit, sowohl wie für die Industrie, nach dem Urteil von Sachleuten, von weittragender Bedeutung werden wird. Es handelt sich um die rationelle Ausnutzung bestehender Wasserkraftanlagen und der daran angegliederten Elektrizitätswerke, wodurch unerschöpfliche Wärmequellen erschlossen werden sollen. Die Länder, die über große Wasserkraft verfügen, werden hierdurch in hohem Maße von dem Bezug der Kohle frei. Die Erfindung stützt sich auf eine chemische Wirkung der Elektrizität. In Deutschland wären insbesondere für die Freistaaten Bayern und Baden mit ihren reichen Wasserkraften große Vorteile zu erwarten.

Erfrorene Touristen. Ein Herr Böhlinger mit Sohn, ein Herr Konrad Vader und dessen Braut aus Aisch und ein Herr Pätzsch aus Gotha unternahmen gemeinsam einen Aufstieg zur Zugspitze durch das Höllental. Sie gerieten in einen Schneesturm und kamen nicht mehr vorwärts. Nur Böhlinger Sohn konnte sich bis zur Zugspitze durchkämpfen, um von dort Hilfe für die Zurückgebliebenen zu holen. Zwei Führer unternahmen sofort einen Abstieg und fanden die vier Touristen erfroren auf. — Der Wettersturz im bayerischen Alpenvor-
gelände ist außerordentlich. Auf der Zugspitze herrscht Kälte bis zu 6 Grad minus.

2. 61 über Rom. Das Zeppelin-Luftschiff 2. 61 überflog Rom und landete auf dem Flugplatz von Ciampino. Es ist das erste Mal, daß das Luftschiff die Alpen überflogen hat.

Weltumsegelung im Luftschiff. Nach einer Meldung des „Ezelsfor“ aus London erklärte Major E. L. D. S., daß die Zeppelingsgesellschaft die Absicht habe, im nächsten Jahre eine Weltumsegelung mit einem ihrer Luftschiffe zu unternehmen.

Der Preisabbau. Eine in Leipzig abgehaltene, von vielen Hunderten besuchte Versammlung von Mitgliedern der Verbände des Deutschen Einzelhandels nahm Stellung zu der Frage des Preisabbaues. Es gelangte eine Entschließung zur Annahme, worin der Preisabbau für die dringlichste wirtschaftliche Aufgabe der Gegenwart bezeichnet wird. Es müsse aber schärfste Ver-
wahrung gegen gewaltsame, jeder gesellschaftlichen Grundlage entbehrende Preisherabsetzungen eingelegt werden, wie sie in manchen Städten geübt worden seien. Der Preisabbau könne nur beginnen bei der Produktion. Gegenüber dem Mangel an guten Willen und der Verfehlung der Fabrikantenverbände proklamiert der deutsche Einzelhandel seinerseits äußerste Zurückhaltung bei Preisfestsetzungen. Ferner wird an die Behörden und die brei-
teste Öffentlichkeit der Appell gerichtet, den Einzelhandel in seinem Vorgehen gegen die Fabrikantenverbände betr. des Preisabbaues zu unterstützen.

Arbeitsverkürzung und Lohnabzug. Auf eine Anfrage des Zentralverbandes der Angestellten ist eine Verordnung des Reichsarbeitsministers ergangen, in der es u. a. heißt: Teilt eine Firma am 15. Mai ihren Angestellten mit, daß sie ab 1. Juli eine Verkürzung der Arbeitszeit vorzunehmen beabsichtigt, so ist sie bei der Durchführung der Arbeitsverkürzung ab 1. Juli nicht berechtigt, das Gehalt ab 1. Juli zu kürzen. Eine Gehaltskürzung kann vielmehr nach Durchführung der Verkürzung der Arbeitszeit ab 1. Juli erst von dem Zeitpunkt an erfolgen, an dem eine Entlassung der Arbeitnehmer nach dem allgemein gesetzlich oder vertraglichen Bestimmungen zulässig ist, bei sechsmonatlicher Kündigung zum Quartalschluß, also ab 1. Oktober.

Falsche Tausendmarkscheine. Nachdem in letzter Zeit in mehreren deutschen Städten falsche Tausendmarkscheine angehalten wurden, wurde am Freitag zum ersten Mal auch in München ein solcher Schein festgestellt. Gegen sich der Einzahlung einer Bank am Postamt München 1. Der Schein ist sehr gut nachgemacht und schwer von echt zu unterscheiden. Kennzeichen auf der Vorderseite sind, daß die Fasern aufgepreßt wurden, beim grünen Stempel unten fehlt die Junge, die ganze Seite erscheint etwas uneben. Auf der Rückseite ist fast kein Unterschied zu erkennen.

Großfeuer in Johannisthal. Die Albatros-Gesellschaft für Flugzeug-Unternehmungen m. b. H. in Johannisthal ist von einem verheerenden Großfeuer betroffen worden. Bedeutende Mengen von Material wurden vernichtet.

Schiffsunglück. Der Dampfschlepper „Betty“ mit zwei Schlepperschiffen im Schlepptau, die je 600 Tonnen Erz geladen hatten, hat in der Nacht zum Sonntag auf der Fahrt von Ozelosund nach Steitin 30 Seemeilen vor Swinemünde in einem orkanartigen Nordoststurm beide Schiffe verloren. Eines davon wurde nach längerem Suchen wieder gefunden und nach Swinemünde gebracht. Das Schiff des anderen, das acht Mann Besatzung an Bord hatte, ist noch unbekannt.

Schweres Unglück. Aus Tokio wird gemeldet: Durch eine gewaltige Flutwelle wurden in Odama (Sachalin) 200 Personen getötet; 500 sind obdachlos.

Die Erbschaft Vanderbilts übersteigt 100 Millionen Dollars und fällt fast gänzlich an seine Witwe und Söhne. Seine Silbergalerie, die berühmten Gainsborough, Reynolds und Holbein, geht an das Metropolitan-Museum in New York.

Der Flug nach Australien. Der erste Flieger, der den ganzen Weg von London bis nach Australien im Flugzeug zurückgelegt hat, Leutnant Perer, ist jetzt glücklich an dem Endziel seiner Reise angelangt. Er hat gegen sieben Monate gebraucht, eine Menge von Abenteuerlichkeiten bestanden und große Schwierigkeiten zu überwinden gehabt. Am 8. Januar flog er von London aus. Unter seinen Gefährten fand befördert der Brand seines Flugzeuges in einer Höhe von 7000 Fuß, eine Panne ge-
schah über dem Meeresspiegel, in den er hineingefallen wäre, hervorzukommen.

Der Lahnkanal.

Von Bergrat Groebler.

Die kanalisierte Lahn ist von jeher das Stiefkind der preussischen Regierung gewesen; daran hat auch die neue Zeit nichts geändert. Die Widerstände gegen eine Ruhbarmachung der hier brachliegenden Kapitalien und wirtschaftlichen Kräfte, die sich der Lahnkanal-Verein seit annähernd 20 Jahren zum Ziel gesetzt hat, sind dieselben geblieben; die Arbeit des Vereins war bisher vergebens. Durch Staatsvertrag vom Jahre 1844 zwischen Nassau, Hessen und Preußen ins Leben gerufen, hat der Lahnkanal zwischen Niederlahnstein und Gießen auch in bescheidenem Rahmen nicht seine restlose Vollendung erfahren und ist seit 1866, d. h. seitdem Preußen die Unterhaltungspflicht fast ausschließlich auszuüben hatte, trotz damals an die ehemals nassauische Bevölkerung gemachten Zusagen, abgesehen von einigen mehr oder weniger schwachen Ansätzen, seinem Schicksal überlassen. Denn das Wenige, was am Kanal geschah, verdient nicht die Bezeichnung Unterhaltung und reichte nicht aus, ihn vor dem vollständigen Verfallen zu schützen; es bewirkte lediglich seine Ueberführung in einen Zustand der vollkommenen Leistungsunfähigkeit, indem er sich jetzt befindet. Der Verkehr betrug noch im Jahre 1875 an der Hollericher Schleuse 120 000 T.; im Jahre 1882 an der Limburger Schleuse annähernd 50 000 T.; er ist heute auf dem ganzen Kanal gleich null. Die seit Jahren noch aufgewendeten Unterhaltungskosten, die in der Hauptsache der Bewachung der 20 Schleusen dienen, sind weggeworfenes Geld. War es Wunder, daß sich aller Kreise, die an der Lahnkanalfahrt ein Interesse hatten, mit der Zeit eine Verstimmung bemächtigte, die in dem Maße wuchs, wie dieselben preussischen Instanzen den immer erneuten Vorschlägen des Lahnkanalvereins gegenüber die gleiche ablehnende Haltung einnahmen?

So war der Verein fast am Ende seiner Weisheit angekommen, als in seiner Hauptversammlung am 26. Juni 1920 ein neuer Gedanke in die Debatte geworfen wurde, der den infolge des verlorenen Krieges veränderten Verhältnissen seine Entstehung verdankt. Der Gedanke besagt: nicht mehr Stichkanal von Niederlahnstein bis Gießen, sondern Durchgangskanal von Niederlahnstein über Gießen—Marburg bis Kassel, also vom Rhein bis zur Fulda und Weser. So kühn der Gedanke erscheint, so folgerichtig baut er sich auf. Er verliert aber auch an Kühnheit, nachdem die schon lange geplante Wassertrassenverbindung zwischen Weser über die Berra zum Main bei Bamberg durch Bewilligung der ersten Rate für die Vorarbeiten seiner Verwirklichung nahe gerückt ist. Die Verbindung von Main und Donau durch einen neuen, leistungsfähigen Kanal ist heute ebenfalls gesichert, sodaß sich also in absehbarer Zeit Nordsee und Schwarzes Meer die Hand reichen werden. Beide Kanäle werden das 1000-Tonnen-Schiff tragen. Im Vergleich mit diesen wahrhaft zeitgemäßen und großartigen Projekten bedeutet die neugeplante Verbindung zwischen Rhein und Weser nicht allzu viel, sie bildet nur einen u. E. notwendigen Teil in der einheitlichen Entwicklung des deutschen Wasserstraßennetzes, wie es die fortschreitenden Verkehrsverhältnisse gebieterisch und ganz automatisch werden entstehen lassen. Auf den Verkehrsweg der vorhandenen und noch zu bauenden Kanäle möchten wir das Hauptgewicht legen; denn wenn auch die dabei zu gewinnenden und in elektrische Energie umzuwandelnden Wasserkraft eine volkswirtschaftlich außerordentlich wertvolle Beigabe bilden, so ist doch voranzustellen, daß die deutschen Eisenbahnen — nicht erst seit heute — nach Entlastung rufen und daß Massengüter in stetig steigendem Maße von den Schienensträngen auf den Wasserweg verwiehen werden müssen, sofern — wie es sich schon in den Jahren vor dem Krieg mannigfach bemerkbar machte — Industrie und Handel über kurz oder lang in Verkehrsstockungen nicht eine Grenze in ihrer Entwicklung finden sollen.

Der Umstand, daß der verlorenen Krieg und die Internationalisierung der Rheinschifffahrt Antwerpen und Rotterdam unter die Kontrolle Englands gestellt haben, hat den Wert des Rheines als der hervorragendsten deutschen Wasserstraße herabgedrückt und es beginnt die westdeutsche Binnenschifffahrt sich nach einer neuen Nord-Süd-Achse, die Weser mit dem deutschen Hafen Bremen, zu orientieren. Hier wird sich der Wasserverkehr Westdeutschlands aus den Seitenkanälen sammeln, von hier aus wird er auf die Verteilung. Ein Kanal von Niederlahnstein nach Cassel wird dem Rhein keinen Verkehr entziehen, er wird aber einen Güterausgleich ermöglichen, der heute mit Rücksicht auf die Transportfrage nicht vor sich gehen kann, und wird deutsche Bodenschätze nutzbar machen, die noch ungehoben sind. So wird er beispielsweise die an der Lahn massenhaft ruhenden Basaltvorräte in Form von Straßenbaumaterial den mittel- und norddeutschen Großstädten und Landstraßen näher bringen und unser Land zum guten Teil unabhängig vom Import dieses Materials aus Skandinavien machen. Andererseits wird der Braunkohle von Cassel ein größerer Verwendungsradius geschaffen; zwei wichtige Zukunftsfragen in Fühlung mit Baluta und Kohlenknappheit! Andere Möglichkeiten liegen vor, können aber an dieser Stelle nicht erörtert werden.

Fest man somit den geplanten Kanal als eine wichtige Masche im deutschen Wasserstraßennetz, die so wichtige zweite West-Ostverbindung zwischen Rhein und Weser neben der bereits vorhandenen nördlichen Linie zwischen Duisburg und Hannover-Linden bezw. Magdeburg auf, so verliert die Frage nach einer direkten Rentabilität desselben, die man so gern in den Vordergrund stellt, wenn man einen Kanal möglich machen will, an Bedeutung. In heutiger Zeit, in der alles in Fluß ist, ist diese Frage ganz und gar nicht zu beantworten, und wenn man sie auf Friedenswerte, d. h. Vorkriegswerte basieren wollte, so wäre das eine Fiktion. Hätt man jede Eisenbahnlinie vor ihrem Bau auf ihre möglichen Rentabilität geprüft, so würde Deutschland heute nicht auf der Höhe des Verkehrs und damit von Industrie und Handel stehen, wie es trotz des verlorenen Krieges der Fall ist. Die Kanäle werden kommen, weil sie kommen müssen. Auch dieser Kanal wird kommen, früher oder später.

Die Linienführung des Kanals ist so gedacht, daß von Niederlahnstein bis Marburg die Lahn benutzt wird. Kurz nördlich Marburg geht es mit Biegung nach Osten auf die Ohm über und folgt dieser bis zum Uebertritt auf die Walserscheide im Jogen. Herrenwald. Im Abstieg benutzt der Kanal zunächst das Tal der Wiera, der Schwalm und mündet unter Benutzung der unteren Eder bei Cassel in die Fulda.

Technische Unmöglichkeiten liegen nicht vor, er wird voraussichtlich leichter zu bauen sein, als der Weser-Rainkanal. Die Größe der Schiffsgesäße bleibt vorbehalten, je größer diese sind, um so besser. Erweitert sich das künftige deutsche Normalschiff von 1000 T als unwirtschaftlich, so wird man mit dem Fassungsraum zurückgehen müssen, keinesfalls aber unter 400 T. Zweckmäßig aber wird man die Schleusen und sonstigen Kunstbauten von vornherein so anlegen, daß dem 1000-Tonnen-Schiff nicht die Möglichkeit abgeschnitten wird. Das Nähere müssen die noch anzustellenden Untersuchungen und Erhebungen ergeben. Für die Kraftgewinnung und Speisung der Kanäle erscheinen Talsperren in den Oberläufen der Schwalm, Ohm sowie anderer dem Vogelsberg entspringenden Wasserläufe und vielleicht auch der Lahn zweckdienlich.

Kursnotiz mitgeteilt von der Nass. Landesbank

%		Gold	Brief
4	Nass. Landesbank	100,—	100,—
3 1/2	do.	94,—	—
3 1/2	do.	93,—	—
3	do.	84,—	—
4	Frankf. Hyp.-Bank	101,—	101,—
3 1/2	do.	—	—
4	Frankf. Hyp.-Creditverein	98,25	98,25
3 1/2	do.	80,50	—
5	Deutsche Reichsanleihe	79,50	79,50
4	do.	—	—
3 1/2	do.	—	—
3	do.	60,25	—
Devisen			
	Frankreich	344 1/2	345 1/2
	Holland	1587 1/2	1590 1/2
	Schweiz	815,—	817,—
	Schweden	906 1/2	908 1/2

Gewerbeverein Nassau.

In letzter Zeit mehrten sich sowohl die **Gesuche um Urlaub vom Unterricht in der Fortbildungsschule** als auch die **unentschuldigsten Versäumnisse**, besonders im Zeichenunterricht und die **Verpätungen**. Ohne Ordnung und pünktliches Erscheinen ist ein erfolgreicher Unterricht unmöglich. Wir sehen uns daher genötigt, noch einmal bekannt zu machen, daß ein Urlaub nur in den allerdringendsten Notfällen erteilt werden wird und daß wir zu unserm Bedauern gezwungen sind, künftig ohne Rücksicht gegen alle Unregelmäßigkeiten mit den gesetzlichen Strafmitteln vorzugehen. Geradezu von einer Verwilderung der Sitten zeugt es, wenn Schüler ohne jede Entschuldigung den Unterricht mehrmals veräumen und es auch nachher nicht der Mühe wert erachten, sich bei dem Lehrer zu entschuldigen. Wir bitten die Lehrerinnen und Arbeitgeber, uns in unserem Streben nach Ordnung zu unterstützen und machen darauf aufmerksam, daß der Arbeitgeber oder Lehrherr verpflichtet ist, den Lehrling so zeitig zu entlassen, daß er pünktlich in der Schule erscheinen kann und daß er für alle Verfehlungen inbezug auf Schulbesuch verantwortlich ist. Den Schülern die den Zeichenunterricht freiwillig besuchen, machen wir hiermit bekannt, daß sie bei unregelmäßigem Schulbesuch von der Liste der Fortbildungsschüler gestrichen werden.

Das Schulgeld für einen Lehrling beträgt für Mitglieder Mk. 8,—, für Nichtmitglieder Mk. 25,— für das Jahr. Weiter möchten wir bitten, um die Bestrebungen des Vereins zu unterstützen und zu stärken, daß alle dem Verein noch fernstehenden Handwerker und Gewerbetreibende, aber auch die Industrie und das Großgewerbe sich als Mitglied unseres Vereins einschreiben lassen. Der Jahresbeitrag ist Mk. 15,—. Aber auch Nichthandwerker können dem Verein als unterstützende Mitglieder mit einem Jahresbeitrag von Mk. 7,50 beitreten. Anmeldungen nehmen alle Vorstandsmitglieder jederzeit entgegen.

Der Vorstand.

Strickwolle!

Wolle in grau Strang N. 8,70
Wolle, schw. u. grau, prima Ware " " 22,—
Wolle, " " beste Friedensqual. " " 25,50

Nur so lange Vorrat reicht!

M. Goldschmidt, Nassau

ZAHN-PRAXIS

Charlotte Kyritz NASSAU Emserstrasse 1 =

Sprechstunden: täglich 9—12 u. 3—6 Uhr

Sonntags 9—12 Uhr

Für das Anzünden der Straßenlaternen suchen wir bei hohem Lohn eine geeignete Persönlichkeit.

Gaswerk Nassau.

Nur für Wirte und Wiederverkäufer!

Zigaretten in nur guten Qualitäten
Zigarren aus la. Ueberseetabak
Ueberseetabak, Pfund 20 Mark

Alb. Strauss, Nassau-Lahn.